

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung**

**– Drucksache 14/1023 –**

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 10. März 1998 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika über den Luftverkehr**

### **A. Problem**

Mit dem Gesetz soll einem völkerrechtlichen Vertrag nach Maßgabe des Artikels 59 Abs. 2 des Grundgesetzes zugestimmt werden. Mit seiner Hilfe wird der internationale Fluglinienverkehr für die deutschen Luftfahrtunternehmen und die des Vertragspartners zwischen beiden Staaten auf eine solide Rechtsgrundlage gestellt, die im Gegensatz zur Gewährung vorläufiger Rechte – ohne Vertragsbasis – auch langfristige Planungen trägt und nur formalisierter Beendigung unterliegt.

### **B. Lösung**

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Südafrika gewähren sich gegenseitig die Rechte des Überflugs (1. Freiheit), der Landung zu nichtgewerblichen Zwecken (2. Freiheit), des Absetzens (3. Freiheit) und des Aufnehmens (4. Freiheit) von Fluggästen, Fracht und Post im gewerblichen internationalen Fluglinienverkehr, Kabotagerechte sind ausgeschlossen.

Durch das Vertragsgesetz werden die Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das Eingehen der völkerrechtlichen Bindung geschaffen. Zugleich wird das Abkommen hierdurch innerstaatlich anwendbar.

**Einstimmigkeit im Ausschuss**

### **C. Alternativen**

Vertragsloser Zustand mit nicht gesicherten Verkehrsrechten.

**D. Kosten**

## 1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

## 2. Vollzugaufwand

Keiner

## 3. Sonstige Kosten

Kosten entstehen durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen. Das Vorhaben wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau, aus, da das Abkommen neben Fragen technischer Art sowie der Rechtsgewährungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nur die Art und Weise der Bestimmungen von Beförderungsentgelten, nicht aber deren Höhe regelt.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Gesetzentwurf – Drucksache 14/1023 – anzunehmen.

Berlin, den 29. September 1999

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**

**Eduard Oswald**  
Vorsitzender

**Norbert Königshofen**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Norbert Königshofen

### I.

Der Gesetzentwurf auf Drucksache 14/1023 ist vom Deutschen Bundestag in seiner 45. Sitzung am 17. Juni 1999 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss überwiesen worden. Der Finanzausschuss hat in seiner 34. Sitzung am 16. September 1999 bei Abwesenheit der Fraktion der PDS einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs vorgeschlagen. Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat den Gesetzentwurf in seiner 17. Sitzung am 29. September 1999 beraten und empfiehlt einstimmig dessen Annahme. Der Bundesrat hat in seiner 737. Sitzung am 30. April 1999 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben (BR-Drucksache 176/99).

### II.

Schwerpunkt des deutschen Luftverkehrs ist der internationale Fluglinienverkehr. Er kann nur betrieben werden, wenn die andere Vertragspartei den deutschen Luftverkehrsunternehmen entsprechende Verkehrsrechte für den Überflug über ihr Gebiet, den Einflug in ihr Gebiet und den Ausflug aus ihrem Gebiet gewährt.

Nach allgemeinen internationalen Gepflogenheiten werden diese Rechte grundsätzlich in zweiseitigen Luftverkehrsabkommen eingeräumt. Um ein derartiges Abkommen handelt es sich bei dem am 10. März 1998 in Kapstadt unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika. Die eingeräumten Verkehrsrechte werden in einem als Protokoll vereinbarten Fluglinienplan festgelegt. Diese Form der Vereinbarung wurde gewählt, um die Fluglinienrechte den Verkehrsanforderungen jeweils leichter und schneller anpassen zu können.

Berlin, den 29. Oktober 1999

**Norbert Königshofen**  
Berichtersteller